

10.03.1994 – vor 20 Jahren strich der Bundestag den Homosexuellenparagrafen 175 aus dem Strafgesetzbuch

11.03.1919 – vor 95 Jahren wurden in Berlin 29 Soldaten der an den Märzkämpfen beteiligten Volksmarinedivision auf der Grundlage eines Noske-Befehls erschossen

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

04. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

4. März 2014

Partei DIE LINKE. Halle -Liste für die Kommunalwahl beschlossen

Wahlbereich 1

1. Hendrik Lange
2. Manuela Plath
3. Frigga Schlüter-Gerboth
4. Dr. Erwin Bartsch
5. Heike Deuerling-Kalsow
6. Daniel Möbus

Wahlbereich 4

1. Elisabeth Nagel
2. Rene Trömel
3. Marianne Böttcher
4. Hans-Jürgen Krause
5. Josephine Jahn
6. Sten Meerheim

Wahlbereich 2

1. Dr. Bodo Meerheim
2. Anja Krimmling-Schoeffler
3. Marcel Kieslich
4. Dirk Gernhardt
5. Christian Kirchert

Wahlbereich 5

1. Ute Haupt
2. Frank Rösler
3. Marion Krischok
4. Jan Röttschke
5. Katja Müller

Wahlbereich 3

1. Rudenz Schramm
2. Sarah Heinemann
3. Swen Knöchel
4. Renate Krimmling
5. Mamad Mohamad
6. Henning Lübbers

Einstimmig wurde das Kommunalwahlprogramm der Partei DIE LINKE, am Sonnabend, auf dem Parteitag für die Kommunalwahl beschlossen. Die Spitzenplätze der Kandidatinnen und Kandidaten wurden nicht nur durch Personen, sondern auch mit diesen durch Themen besetzt.



Foto: M. Heyner

Aus der letzten Stadtratssitzung vom 26. Februar 2014

Wo wird die neue Eissporthalle gebaut?

Diese Entscheidung sollten die Stadträte fällen! Um es gleich vorweg zu nehmen: es ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen! Die Verwaltung unterbreitete den Vorschlag, die Eissporthalle wieder an den alten Platz zu bauen. Möglich würde diese Idee, weil a) die Stadt Halle (Saale) Flutmittel für einen Neubau vom Land Sachsen-Anhalt erhalten würde und b) ein neuer Damm als Schutz vor dem evt. Hochwasser gebaut werden soll. Dieser Damm erhält eine neue „Linienführung“, die dann sicherstellen würde, dass keine Schäden an der Eissporthalle auftreten würden. Es gibt allerdings Zeitdruck! Bis zum 30.6.14 muss der Antrag einschließlich der Konzeption für den Neubau beim Land Sachsen-Anhalt vorliegen! Bereits im Planungsausschuss wurde mit großer Mehrheit ein Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN (zum Antrag der SPD-Fraktion) angenommen, der nochmalig drei Standorte genauer prüfen soll. Das betrifft den vorgeschlagenen Standort Gimmritzer Damm, den Standort Blücherstraße (nördlich) und den Standort Nietlebener Straße am alten DVZ. Bekannt ist, dass der Standort Nietlebener Straße zwar von der sportfachlichen Seite (Nähe zur Ballsporthalle und weitere Sportareale) günstig wäre, aber von der Fläche nicht ausreichend ist. Der Zukauf von Fläche aus privater Hand wäre notwendig. Das wäre kostspielig für den Haushalt der Stadt Halle! Gegen den Standort sprechen auch die wenigen Stellflächen und ein hohes Maß an Lärm, so argumentierte

der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, Herr Stäglin. Auch der Standort Blücherstraße (nördlich) zeigt Probleme, die vor allem auf zu hohe Grundwasserstände zurückzuführen sind. Herr Stäglin sprach sich noch einmal für die Vorzüge des Standortes Gimmritzer Damm aus. Eine intensive Diskussion war also die Folge der Vorstellung der Standorte. Auch in unserer Fraktion ist die Entscheidung für einen Standort noch nicht eindeutig. Bodo Meerheim sprach in der Diskussion deutlich aus, dass unsere Fraktion eine neue Eissporthalle in der Stadt will! Er führte allerdings aus, dass drohende Klagen von BürgerInnen gegen den geplanten Deichbau zu erwarten sind (viele BürgerInnen sprachen dazu in der Bürgerfragestunde) und der Bau der Eissporthalle dadurch verzögert werden könnte. Er verwies auch auf die fehlende Wirtschaftlichkeitsanalyse. Erhitzte Debatten ergaben sich, weil der Oberbürgermeister Herr Dr. Wiegand argumentierte, dass er nicht verstehen könne, dass die Stadträte Geld rauschmeißen wollen, wo es keinen Hochwasserschutz gäbe (er bezog sich auf den Antrag zum Wiederaufbau des Mitteldeutschen Multimedia Zentrums (MMZ)). Dagegen wolle man der Eissporthalle mit einem Schutzdeich und detaillierten Untersuchungen zum Standort nicht zustimmen. „Ich kann das nicht nachvollziehen, wie Sie sich entscheiden“, so der OB weiter. Bei der Abstimmung zum o.g. Antrag stimmte dann allerdings auch der OB mit! Ein gemeinsamer Antrag von CDU, FDP, SPD und Fraktion DIE LIN-

Zum Europaparteitag in Hamburg

12. März, 18:00 Uhr,
BO-Versammlung Silberhöhe,

Ort: Kinderschutzbund

(Blauer Elefant),

Anhalter Platz 1

(Haltestelle 1 und 2 der
Straßenbahn)

Gast: Dr. Achim Bittrich

KE mit dem Ziel, dass im MMZ eine neue Kinotonmischung eingebaut wird, wurde nach Diskussionen zugestimmt.

Auch ein Dringlichkeitsantrag - ein Appell an die UNI- zum Erhalt der Medien- und Kommunikationswissenschaften fand eine Mehrheit. Unsere Fraktion war Mit-antragstellerin. Hendrik Lange drückte deutlich aus, dass die Landesregierung für die Kürzungen an der UNI Verantwortung tragen. Er betonte, dass es wichtig sei, als Stadtrat ein Signal an die UNI zu senden!

Beschlossen wurden mehrere Vorschläge von halleschen BürgerInnen, die sie im Rahmen der Diskussion zum Haushalt der Stadt Halle eingebracht haben. Ein erster Schritt auf dem Wege des Bürgerhaushaltes!! Weitere Vorschläge werden in Kürze in den Fachausschüssen diskutiert.

Beschlossen wurde – auch mit unseren Stimmen-, dass die Eintrittspreise für den Besuch des Stadtmuseums moderat erhöht wurden. Neu eingeführt wurde ein Jahresticket für 20 Euro.

Der Besuch für Schulklassen bleibt aber kostenlos!

Ute Haupt
Stadträtin

Vernunft ist das Einzige, das zählt

Die Kolumne von Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn

Die Entwicklung rast in der Ukraine. Sie rast so schnell, dass es scheint, als könne sie dabei keinem Weg folgen. Der beim Schreiben aktuelle Stand kann beim Lesen bereits schon wieder überholt sein. Was aber sicher noch eine Weile bleiben wird, sind die furchtbaren Bilder, die uns in der vergangenen Woche erreichten: Bilder von Toten, Verletzten, Zerstörung und Chaos. Jederzeit durch Echtzeitbilder und Liveticker über die Lage informiert und mit der Situation konfrontiert, wird auch der Bezugsdichter, näher... emotionaler. „Wo das Schicksal grausam waltet, sind sie live dazugeschaltet!“ - ob das immer gut ist, wage ich zu bezweifeln. Gut ohne Abstriche hingegen ist, dass die Welt noch erschrickt, wenn Menschen gewaltsam ums Leben kommen, es ist gut, wenn die Welt sich einmischt, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und einen friedlichen Ausweg zu eröffnen.

In der Eskalation der Gewalt gelingt die Differenzierung nur schwerlich, Gut gegen Böse funktioniert nicht, wenn bei den Guten die ganz Bösen mitmischen. Erschrocken nahmen wir die Bilder zur Kenntnis: Die radikal-nationalistischen Kräfte unter den ansonsten friedlich Protestierenden füllten einen Molotow-Cocktail nach dem anderen, brachen Steine für Wurfgeschosse aus dem Pflaster; die harte Truppe von Präsident Janukowitsch be- und erschoss Wehrlose von Dächern und prügelte in die Menge, die überwiegend friedlich auf dem Maidan demonstrierte. Über 100 Tote waren es am Ende. Verhältnismäßig schnell greift die

Welt ein - die EU greift ein, natürlich auch im eigenen Interesse, aber ebenso mit dem Willen einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Bei aller Anerkennung, die man dafür finden kann und muss - die EU hat ebenso lange wie Russland versucht, die Ukraine einseitig für sich einzunehmen - beide Seiten haben damit die Zerreißprobe des Landes mit provoziert.

Der Kompromiss wird gefunden - nicht für alle tragfähig. Aber quasi über Nacht entstehen neue Kraft- und Machtverhältnisse. Und - die wichtigste Nachricht: das Töten hört auf. Ein Sieg der Vernunft... und weiter? Alle, die sich jetzt zu Paten des Neuanfangs in der Ukraine machen, müssen wissen, dass sie eine große Verantwortung erben. Die Verantwortung dafür, dass faschistische und radikal-nationalistische Kräfte keine Chance bekommen, über die Zukunft der Ukraine zu entscheiden. Die Verantwortung dafür, dass Russland

eingebunden und nicht vor den Kopf gestoßen wird. Die Verantwortung dafür, dass die Ukraine nicht von einer extremen Sicht in die andere fällt.

In ihrer Verantwortung sollten sich alle Akteure von drei Prämissen leiten lassen: Von Versöhnung, die notwendig ist, wenn man gemeinsam einen demokratischen Neuanfang wagen will. Von Vertrauen, das man wiedergewinnen muss - nicht nur in Institutionen, sondern auch in rechtstaatliche Grundsätze. Und letztlich und hauptsächlich von Vernunft: Rache ist ein schlechter Ratgeber, Schadenfreude über eroberte Vorteile im Ringen der Kräfte fehl am Platze.

Spannend werden die nächsten Wochen von allein - hoffen wir, dass sie friedlich bleiben und die Menschen in der Ukraine ihren Weg selbstbestimmt finden können, ohne fortwährend Spielball geostrategischer Interessen oder der der Oligarchen zu sein.

Die BO Riebeckplatz/Hofjäger lädt ein

zum Gespräch mit

Dr. Achim Bittrich

über Ergebnisse des Europa-Parteitag
und die Vorbereitung der Europa-Wahl

**am Mittwoch, 12. März ab 16 Uhr,
im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44**

Gäste sind herzlich willkommen !.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de

Sven Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 400 Exemplare

Spenden erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

27.02.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 12.03.2014

Am 10. Februar 2014 trafen sich einige Genossinnen und Genossen auf dem Südfriedhof am Grab von Karl Meseberg anlässlich seines Geburtstages. Genossin Ingrid Höpner würdigte seine Verdienste als Kieler Matrose und Mitglied des Soldatenrates beim Ausbruch der Novemberrevolution. Um die Errungenschaften der Novemberrevolution auch in Halle zu schützen, führte er die revolutionäre Matrosenkompanie. Auf Grund dessen wurde er in der Nacht vom 13. zum 14. März 1919 von der reaktionären Maercker-Soldateska in der Nähe der Hafengebäude ermordet. Eine Gedenktafel erinnert daran. Besonderen Dank gilt auch der Basisorganisation Am Tallin, die die Grabstätte in Obhut und Pflege genommen hat.



Europäische Union. Wege von der Krise zur Chance

Vortrag mit Diskussion

Stadtverband DIE LINKE

20.03.2014 Beginn 18:00 Uhr

**06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6**

Die europäische Union ist gefährdet und stolpert durch eine tiefe und möglicherweise existentielle Krise. Massen- und besonders Jugendarbeitslosigkeit, wirtschaftliche und finanzielle Krisen sind in nicht wenigen Mitgliedsländern die Folge. Es gibt viele Gründe, die EU-Politik zu kritisieren. Doch in erster Linie sind es nationale Politik und Entscheidungen, insbesondere durch die deutsche Regierungspolitik. Eine leidenschaftliche proeuropäische Politik ist die wirkliche Alternative. Es ist in der Tat höchste Zeit, sich zu entscheiden: für und gegen die Europäische Union oder Renationalisierung, für und gegen unterschiedlich mögliche Inhalte und Richtungen der politischen, sozialen, wirtschaftspolitischen, ökologischen, sicherheitspolitischen und internationalen Orientierung und Entwicklung der EU.

Andre Brie plädiert mit dem Titel seines nächsten Buchs: Nehmt die europäische Union in Besitz!

Mit Dr. Andre Brie (MdL Mecklenburg-Vorpommern) und Harry Czeke (MdL Sachsen-Anhalt)

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT

Büro DIE LINKE, Blumenstr. 16, 06108 Halle

Tel.: 0345 - 2025590

**13. März, 15:00 Uhr
Gedenken an die Toten des
Blutfreitages von 1925 im
Volkspark,
an der Gedenktafel in der
Burgstraße/ Ecke Riveufer**

Basisorganisationen Neustadt-Nord, -Süd und -West

Einladung

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, am Mittwoch, dem 12. März 2014, um 18:00 Uhr, im Abgeordnetenbüro Dr. Uwe Köck, Ernst-Haeckel-Weg 05, treffen wir uns zu unserer nächsten gemeinsamen Mitgliederversammlung.

Diese Veranstaltung steht ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen.

Wir werden über inhaltliche Fragen der Europa- und Kommunalwahl und die Organisation des Wahlkampfes in unserem Wahlbereich sprechen.

Dazu beabsichtigen wir, KandidatInnen der LINKEN für die Kommunalwahl einzuladen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und eine rege Diskussion zu dieser Thematik.

Mit besten Wünschen
Euer Sprecherrat

Im Interview, Ingrid Höppner

Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Seniorenpolitik sein

Liebe Ingrid, im November 2013 bist Du in den Stadtvorstand gewählt worden.

Was hat Dich zu dieser Kandidatur bewegt?

Mitte November erreichte mich ein Anruf aus dem Stadtvorstand: Ich wurde gefragt, ob ich bereit sei, als Vertreterin der älteren Generation im neu zu wählenden Stadtvorstand mitzuarbeiten.

Einerseits traf diese Anfrage bei mir auf offene Ohren, denn nach dem Tod meines Mannes im September hatte für mich ein neuer Lebensabschnitt begonnen – ich war bereit, neben der Arbeit für meine BO zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Andererseits hatte ich Bedenken: Würde ich in meinem Alter (Jahrgang 1935) den Aufgaben als Mitglied des Stadtvorstands gewachsen sein? Kann ich die Erwartungen erfüllen, die an mich als Seniorenvertreterin gestellt werden? Bleibt mir Zeit für Reisen?

Nach Beratung mit einer erfahrenen Genossin und deren Zuspruch war ich dann bereit zu kandidieren.

Welchen Schwerpunkt setzt Du Dir für die Arbeit in diesem Gremium, und kannst Du uns eventuell schon etwas darüber berichten?

Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Seniorenpolitik sein, das heißt, in Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, der Seniorenvertretung der Stadt Halle und der LAG SeniorInnen DIE LINKE Sachsen-Anhalt Politik mit und für die Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Program-

matik unserer Partei zu gestalten bzw. einzubringen. Seniorenpolitik ist im wahrsten Sinne Gesellschaftspolitik, eine Querschnittsaufgabe. Ältere Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten unserer Partei sollen ermuntert werden, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, in Senioren- und anderen Vertretungen für ihre Rechte einzutreten und Sozialabbau abzuwehren.

Ich habe Kontakt mit dem Seniorenrat unserer Stadt aufgenommen und als Vertreterin unseres Stadtverbandes an der Märzberatung der LAG SeniorInnen teilgenommen. In dieser Beratung berichtete die Genossin Sabine Dirlich über den Stand der Erarbeitung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes, das von der LINKE-Landtagsfraktion wiederholt auf die Tagesordnung des LT zur Beratung eingebracht und bisher von den anderen Parteien abgelehnt wurde.

Möchtest Du unseren Leserinnen und Lesern noch etwas mitteilen, wonach ich Dich nicht gefragt habe?

Hast Du gewusst, dass der Seniorenrat unserer Stadt das gewählte Organ der „Seniorenvertretung der Stadt Halle e. V.“



Ingrid Höppner

ist, welche als Dachverband z.Zt. 39 in Halle bestehende und besonders für die älteren Bürgerinnen und Bürger tätige Gruppen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, freie Interessenverbände sowie Seniorenorganisationen der Gewerkschaften und Parteien vertritt? Kürzlich ist der neue SENIOREN-RATGEBER 2014/2015 erschienen. Im Vorwort des OB heißt es: „Älterwerden ist eine Leistung und eine Aufgabe zugleich... Politik und Stadtgesellschaft stellen sich dieser Herausforderung...“.

Der neue Wegweiser bietet eine Fülle von aktuellen Informationen, Kontakten und Anregungen, dazu gehören Bildungs-, Freizeit- und Beratungsangebote. Er ist im Eingangsbereich des Rathauses (Pfortner) erhältlich und sehr zu empfehlen!

Regionalkonferenz

Region südliches Sachsen-Anhalt

21. März 2014, 17:00 - 20:30 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, 06122 Halle

Zu den Schwerpunktthemen gehören u.a. die Angebote der LINKEN zu den Europawahlen und unsere politischen Botschaften zu den Kommunalwahlen 2014.

Was nützt die Saaletalautobahn A 143 ?

Jahrelang, sogar jahrzehntelang schwelt der Streit um die geplante Saaletalautobahn A 143 („Westumfahrung Halle“).

Legenden ranken sich um die erhoffte Heilsbringerin für die Stadt Halle. Allen voran die Ex-Bürgermeisterinnen Ingrid Häusler und Dagmar Szabadosz wurden nicht müde, die künftige A 143 als Lösung für die städtischen Verkehrsprobleme anzupreisen.

Was ist dran an den Hoffnungen, die viele auf die A 143 setzen; was kann die geplante Autobahn tatsächlich zur Lösung von Verkehrsproblemen und vor allem auch für die angestrebte Entlastung der Stadt Halle leisten? Diese Fragen beantwortet nun aus verkehrswissenschaftlicher Sicht ein neues Gutachten des Dresdner Verkehrsplanungsbüros Stadt – Verkehr – Umwelt (SVU). Im Dezember wird das Gutachten von der Auftraggeberin, der Landtagsfraktion B90/Die Grünen, öffentlich vorgestellt. Für ihre Berichterstattung durfte die „Hallesche Störung“ vorab in das Gutachten Einsicht nehmen.

Um die Notwendigkeit einer neuen Autobahn-Westumfahrung von Halle zu beurteilen, nimmt das Gutachten eine Bestands- und Konfliktanalyse des bestehenden Verkehrsnetzes vor. Dafür werden zunächst die überregionalen Verkehrsströme betrachtet, welche potentiell die neue A 143 nutzen könnten. Ergebnis dieser Analyse: Für sämtliche potentiell relevanten Verkehrsströme sind schon jetzt ausreichend leistungsfähige Fernstraßenverbindungen vorhanden. Diese laufen fast ausschließlich über Autobahnen, nur in geringem

Maße ist die Nutzung gut ausgebauter Bundesstraßen erforderlich. Insbesondere die bestehende östliche Umfahrung der Stadt Halle in Nord-Süd-Richtung über A 9 und A 14 hat zudem noch erhebliche Kapazitätsreserven. Aus dem überregionalen Verkehrsnetz lässt sich daher keine Notwendigkeit für den Bau einer Westumfahrung Halle ableiten.

Obwohl es günstige Verbindungen über Bundesstraßen gibt, wird von der Südharzautobahn A 38 aus die Route zur A 14 Richtung Magdeburg über die nicht gebaute A 143 ausgeschildert. Wer diesem Wegweiser folgt, muss sich durch die Stadt Halle oder durch Dorfstraßen quälen.

Ähnliches gilt für die regionalen Verkehrsströme zwischen Halle und Könnern: Aufgrund der Siedlungsstruktur ist in diesem Raum die Verkehrsnachfrage ausgesprochen gering. Der geringe Bedarf zur Querung der Saale kann in diesem Raum problemlos durch die vorhandenen Fähren abgedeckt werden, eine zusätzliche Saalebrücke ist nicht erforderlich.

Für die Stadt Halle selbst haben dagegen die Möglichkeiten zur Querung der Saale eine hohe Bedeutung. Der innerstädtische Austausch erfolgt im wesentlichen über die Brücke im Zuge der B 80 (Hochstraße) sowie über die Giebichensteinbrücke. Auf beiden Verbindungen konstatiert das Gutachten hohe Verkehrsbelastungen und daraus resultierende städtebaulich-räumliche Konflikte.

Die Autobahnplanung erhofft sich eine spürbare Entlastung dieser Saalebrücken durch Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf die A

143. Der Haken dabei: auf diesen Saalebrücken fließt fast ausschließlich städtischer Binnenverkehr, der nicht auf eine stadtferne Autobahn verlagert werden kann. Wie das SVU-Gutachten anhand der differenzierten halleschen Verkehrszählung aus dem Jahr 2009 aufzeigt, ist der Anteil an echtem Durchgangsverkehr auf beiden städtischen Saaleübergängen äußerst gering, nämlich auf der B80 nur 5,3 %, und auf der Giebichensteinbrücke sogar nur 2%. Entsprechend gering sind auch die potenziellen Entlastungseffekte durch den Bau der A 143 für die Stadt Halle (Saale).

Da die Konflikte im Bereich der Saalequerungen vom innerstädtischen Verkehr verursacht werden, können sie auch nur durch städtische Lösungskonzepte verringert werden. Die A 143 leistet dazu kaum einen Beitrag.

Des weiteren betrachtet das Gutachten die bisherige und die prognostizierte Verkehrsentwicklung. Anhand der amtlichen Zählraten von den Autobahnen rings um Halle wird aufgezeigt, dass die Verkehre auf diesen Autobahnen schon seitlichen Jahren nicht mehr merklich ansteigen und teilweise sogar zurück gehen.

Im krassen Gegensatz dazu sagt die amtliche Verkehrsprognose der Autobahnplanung für die Autobahnen rings um Halle erhebliche Verkehrszunahmen bis zum Jahr 2025 voraus. Zusätzlich geht die Amtsprognose zum Teil schon im Bestand von deutlich überhöhten Verkehrszahlen aus. Die stärkste Verkehrszunahme (um über 100%) weist die Amtsprognose ausgerechnet für den Verkehrsstrom aus,

der im Falle des Neubaus vollständig auf die geplante A 143 verlagert werden soll, nämlich für den Eckverkehr zwischen der A 14 Richtung Magdeburg und der A 9 Richtung Süden. Hier drängt sich der Eindruck auf, mit den angeblichen Verkehrszuwächsen würden

fiktive Verkehre extra zur Begründung der geplanten A 143 konstruiert.

Bei einer realistischen Betrachtung der Verkehrsströme und der Verkehrsentwicklung besteht laut SVU-Gutachten für die geplante A 143 ein tatsächlicher Bedarf von

nur knapp 10.000 Kfz pro Tag, was weniger als einem Viertel der Amtsprognose entspricht. Ein solcher geringer Verkehrsbedarf erfordert keine Autobahn, zumal für den Großteil dieser Verkehre bereits heute ausreichend attraktive Verbindungen existieren.

Gegenüberstellung wichtiger Aussagen aus der Amtsprognose und dem SVU-Gutachten zur A 143
Planunterlagen A 143 und Amtsprognose

SVU-Gutachten

A 143 stellt einen wichtigen Lückenschluss im deutschen Fernstraßennetz dar.

Verkehrsbedarf wird bereits jetzt über leistungsfähige Verbindungen abgedeckt. Kein Lückenschluss nötig.

A 143 soll Autobahnring um Halle schließen, mit dem Ziel, den Verkehr im Ballungsraum Halle/Leipzig möglichst gleichmäßig zu verteilen.

Statt Verteilung ist Bündelung des Verkehrs auf bestehenden Achsen sinnvoll; dort bestehen keine Engpässe. Neue Autobahn wäre eine „unnötige und überteuerte Parallelinvestition“.

Deutschlandweite Verkehrsleistung steigt bis 2025 um 16% (bzw. 0,8% pro Jahr).

Dieser Anstieg läge 4 mal höher als der aktuelle Trend.

Bis 2025 starke Verkehrszunahme auf Autobahnen um Halle. Der für A 143 wichtigste Verkehrsstrom wächst um mehr als 100%.

Verkehrszahlen auf Autobahnen um Halle stagnieren bereits seit 2004. Daher auch künftig keine Zunahme zu erwarten.

A 143 soll Südharzautobahn A 38 mit der A 14 Richtung Magdeburg verbinden. Auf dieser Strecke fließen 2.000 Kfz pro Tag

Für geringe Verkehrsmengen auf dieser Verbindung reichen vorhandene Bundesstraßen aus.

A 143 soll Stadt Halle spürbar vom Durchgangsverkehr entlasten.

Anteil an Durchgangsverkehr in Halle gering, daher nur geringe Entlastung durch Westumfahrung möglich.

Abschließend unterbreitet das Gutachten eigene Lösungsansätze zur Verkehrsentslastung der Stadt Halle.

Wesentliche Potenziale zur Lösung der bestehenden Probleme und Konflikte im Bereich der beiden innerstädtischen Saalequerungen sieht das Gutachten in einer Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV und nichtmotorisierter Verkehr) und dabei vor allem bei der Stärkung des Radverkehrs. Chancen dafür ergeben sich u.a. durch die zunehmende Nutzung von E-Bikes, welche längere Wegstrecken ermöglicht und zusätzliche

Nutzerkreise für den Radverkehr erschließt. Zur Verkürzung von Wegebeziehungen für den Fuß- und Radverkehr schlägt das Gutachten eine zusätzliche Saalequerung im Bereich des Trothaer Hafens sowie den Ausbau weiterer Saalequerungen südlich der Innenstadt vor („mittlerer“ Übergang parallel zur bestehenden Fernwärmetrasse zwischen Halle-Neustadt und Gesundbrunnen sowie südliche Verbindung im Zuge der Bahntrasse zwischen Halle-Südstadt und Angersdorf). Vor allem für den nördlichen Übergang am Hafen Trotha wäre auch eine zu-

sätzliche Nutzung durch den ÖPNV sinnvoll.

Ob diese neue Brücke auch für den Kfz-Verkehr nutzbar gemacht werden kann, bedarf einer tieferen Prüfung und Planung.

Für die Stadt Halle kann man aus dem Gutachten folglich das Fazit entnehmen:

Es gibt durchaus Chancen zur Verringerung der städtischen Verkehrsprobleme, insbesondere zur Entschärfung der Konflikte im Bereich der Saalequerungen.

Aber diese Chancen liegen NICHT im Neubau der Saaletalautobahn A 143.

RESPEKT ³

Eine dritte Woche für mehr
Vielfalt

*Anerkennen
statt
Ausgrenzen*



Respekt Aufladen
all you need is love
Oberer Boulevard
Martinstraße 11
06108 Halle(Saale)

Wir bieten Workshops,
Ausstellungen, Filme,
Diskussionen und jede
Menge Begegnungen!

**17. – 22.
März 2014**

Montag – Freitag: 10 – 22 Uhr
und **Samstag:** 11 – 15 Uhr

Geöffnet während den
Internationalen Wochen
gegen Rassismus!

Informationen zum Programm:
www.halle-gegen-rechts.de
facebook: AktionLadenschlussHalle



„Auswahlrechte“ Die abgebildeten Logos sind die Symbole der in diesem Flyer genannten Partner und Organisationen, die sich für die Initiative „Respekt Aufladen“ engagieren. Die Logos sind hier nur zur Orientierung und nicht als Werbung für die jeweiligen Organisationen zu verstehen. Die Logos sind Eigentum der jeweiligen Organisationen.

Mit freundlicher Unterstützung von Sven Knöchel, MdL, Stadtrat Die Linke.

hallesaale*



BRUNNENSTIFTUNG

DIE LINKE.

Saalesparkasse



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



DGB

